



GRÜNE Schweiz  
Raphael Noser  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

[Raphael.noser@gruene.ch](mailto:Raphael.noser@gruene.ch)  
031 326 66 07

Kommission für Wirtschaft und  
Abgaben des Nationalrats

Per Mail:  
[wp-sekretariat@seco.admin.ch](mailto:wp-sekretariat@seco.admin.ch)

Bern, 16. Dezember 2025

**23.462 n Pa. Iv. Grossen Jürg. Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

**GRÜNE lehnen die vorgeschlagene Reform ab**

Mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage will die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) den Tätigkeitsbereich der Post erheblich einschränken, das Quersubventionierungsverbot verschärfen und einen individuellen Rechtsschutz einführen. Die GRÜNEN lehnen die vorliegende Reform sowohl aus inhaltlichen wie auch aus prozeduralen Gründen ab.

Entgegen den Erläuterungen im Vernehmlassungsbericht führt die Vorlage nicht einfach zu einem «wettbewerbsfreundlicheren» Rahmen, sondern sie würde die Post als Ganzes destabilisieren und zu Einnahme- und Gewinnrückgängen in Millionenhöhe führen. Mittelfristig würde dadurch der Service Public, den die Post über die Grundversorgung eigenwirtschaftlich erbringt, in Frage gestellt (inklusive der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze) oder aber eine staatliche Finanzierung desselben notwendig werden. Der eingeengte

Zweckartikel würde die erlaubten Tätigkeiten der Post stark einschränken, das unnötig verschärfte – und unsinnig ausgestaltete – Quersubventionierungsverbot wiederum würde die unternehmerische Weiterentwicklung der Post abwürgen.

Auch aus prozeduraler Sicht steht die vorgeschlagene Reform quer in der Landschaft. Im August 2025 hat der Bundesrat die Eckwerte einer umfassenden Revision des Post- und des Postorganisationsgesetzes beschlossen. Bereits im Juni 2026 soll dazu die Vernehmlassung eröffnet werden. Mit diesem Vorgehen wird – korrekterweise – sichergestellt, dass die unternehmerische Tätigkeit der Post nicht isoliert betrachtet wird, sondern im Zusammenspiel mit ihrem Grundversorgungsauftrag.

Die GRÜNEN lehnen die vorgeschlagene Reform entsprechend grundsätzlich ab und beantragen der Kommission auf diese zu verzichten oder sie zumindest bis zur Beratung des Post- und Postorganisationsgesetzes zu sistieren (gemäss Antrag der Minderheit Ryser). Sollte die Kommission trotzdem an dieser Gesetzesvorlage festhalten, unterstützen die GRÜNEN die Anträge der Minderheit Badran – welche der Post in Bezug auf die Digitalisierung den nötigen Handlungsspielraum und Innovationsfähigkeit verschafft – sowie der Minderheit Ryser in Bezug auf das Quersubventionierungsverbot.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Raphael Noser  
Leiter Bereich Politik